

Kommunen in Not: Landeskonzferenz diskutierte Alternativen

Am Samstag, dem 24.7.2010 lud der Landesverband SH der LINKEN zu einer Konferenz unter dem Titel „Kommunen in Not“ nach Neumünster ein. Etwa 65 Mitglieder und MandatsträgerInnen waren der Einladung gefolgt und diskutierten gemeinsam über die Auswirkungen der schwarzgelben Kürzungen politik und linke Alternativen.

Nach der Eröffnung der Konferenz durch den Landessprecher der LINKEN.SH, Björn Radke, folgten zunächst Impulsreferate von Dr. Axel Troost, Finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, und Uli Schippels, LINKE Landtagsfraktion SH, der das schwarzgelbe Sparpaket des Landes scharf kritisierte und seine fatalen Auswirkungen auf die Kommunen darstellte.

An einer Podiumsdiskussion zu den Folgen der Krise und der Frage, wie Kommunen künftig handlungsfähig bleiben könnten, nahmen neben Hans-Joachim Grote, Vorsitzender des Städtebundes Schleswig-Holstein und Bürgermeister in Norderstedt, auch Rainhard Zug, Bürgermeister in Glinde/Stormarn, Stefan Ludwig, Oberbürgermeisterkandidat in Frankfurt/Oder, Detlef Parthie, Oberamtsrat bei der Stadtverwaltung Flensburg und Miro Berbig, Linksfraktion Norderstedt, teil...

Für die Kreise, Städte und Gemeinden wird es währenddessen immer dramatischer: Die für das laufende Jahr geschätzten Einnahmen aus eigenen Steuern und kommunalem Finanzausgleich sinken auf unter drei Milliarden Euro. Das seien noch einmal 375 Millionen Euro weniger als für 2010 geschätzt. Bis 2014 müssten die Kommunen mit Einnahmeausfällen von 1,8 Milliarden Euro rechnen.

DIE LINKE lehnt alle Versuche ab, die knappen Kassen auf Kosten der sozial Schwachen und Bedürftigen zu sanieren:



„Wir müssen weg von der extrem konjunkturabhängigen Gewerbesteuer und hin zu einer Gemeindefinanzsteuer, die auch auf Selbstständige und Freiberufler ausgeweitet wird. Als Sofortmaßnahme muss die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an den Bund abgeschafft werden, damit die Gemeinden von ihren wenigen Einnahmen nicht auch noch Teile an den Bund abtreten müssen.“

Die finanzielle Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung erfordert einen breiten und gemeinsamen öffentlichen Widerstand. Ziel der Veranstaltung war es, Ideen für Protestaktionen zu sammeln und ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf Forderungskataloge, Anträge und Pressearbeit zu vereinbaren. Die verschiedenen Kommunalfraktionen der LINKEN werden sich mit entsprechenden Fragebögen einen Überblick über die Kürzungen verschaffen und vor Ort in den Parlamenten Protest und Widerstand organisieren.

- 26.7.2010, www.linke-sh.de/politik/aktuell leicht gekürzt.

Unsere Redaktion...

...hat erneut eine Ausgabe von „Info DIE LINKE. SH“ erstellt und gibt sie als Online-Ausgabe heraus. Alle Mitglieder, die eine e-Mail-Adresse besitzen, bekommen sie zugeschickt. Außerdem wird sie im Internet erscheinen. Nur einige wenige (ca. 100) Exemplare lassen wir drucken. Wenn ihr euch bei uns meldet, schicken wir euch davon gerne eins oder einige zu.

Da die Juni-Ausgabe auf 16 Seiten besonders intensiv über die Ereignisse und Vorgänge im Landesverband, den Fraktionen und Kreisen der LINKEN.SH berichtet hat, wird sich diese Ausgabe vor allem mit grundlegenden und analytischen Artikeln befassen. Und die wiederum haben einen starken Bezug zu der gegenwärtig stattfindenden Programmdiskussion in unserer gesamten Partei. Es sind drei Themen, die wir in den Vordergrund gestellt haben: Religion und Kirche, Grundeinkommen oder Grundsicherung und Imperialismus. Natürlich auch deshalb, weil uns dafür interessante Untersuchungen zur Verfügung standen.

Wir werden in der nächsten Nummer von „Info DIE LINKE.SH“, die als Online- und Printausgabe heraus kommt (sie geht dann schriftlich an alle Mitglieder ohne e-Mail und Internet), diese programmatische Debatte fortsetzen. Bitte schickt uns eure Stellungnahmen zu, wir veröffentlichen sie gerne.

- Edda Lechner für die Redaktion

In dieser Ausgabe:

- Seite 1** Landeskonzferenz diskutiert über „Kommunen in Not“
- Seite 3** Zu Programm: „Religion und Kirche“
Petra Pau, Helmut Lechner und Raju Scharma
- Seite 7** „Fest gegen Nazis“ in Ratzeburg und „Credo“ für den Landesrat
- Seite 8** Zum Programm: „Grundeinkommen“
- Seite 9** Was verdient ein Abgeordneter?
- Seite 10** Zum Programm: „Imperialismus“
- Seite 12** 'SOLID' - Wochenende

Kommunen im Norden wollen sich wehren

Neues Deutschland", 26.07.10,
Dieter Hanisch, Auszüge, leicht gekürzt

Kürzungen und Streichungen durch die Bundesregierung und entsprechende Pläne der schleswig-holsteinischen Landesregierung geschehen in einem Ausmaß, wie es sie bislang noch nicht gegeben hat: Mit Blick auf die Situation in den Kommunen rütteln sie an den „Grundfesten des Systems“. Diese Dramatik sieht Hans-Joachim Grote, Vorsitzender des Städtetages im nördlichsten Bundesland, in der tagesaktuellen Politik, mit der Städten und Gemeinden immer mehr Handlungsspielräume genommen werden, dafür aber eine Art Mangelverwaltung zum Alltagsgeschäft wird.

Grote weiß, wovon er spricht. Er ist seit über zwölf Jahren Bürgermeister in Norderstedt und hält das CDU-Parteibuch in der Hand. »Ich habe mir abgewöhnt zu glauben, dass alles, wo schwarz draufsteht, auch immer gleich richtig ist«, nahm der 55-Jährige auch auf der Landeskonzferenz der LINKEN in Neumünster unter dem Motto »Kommunen in Not« kein Blatt vor den Mund... eine feurige Diskussion, in der Grote unter anderem vorschlug, auch einmal über die Notwendigkeit und die Aufgabe der Kreisverwaltungsebene nachzudenken.

Auf der Fachkonferenz wurde anhand vieler Beispiele verdeutlicht, dass immer mehr Aufgaben und Kosten auf die Kommunen abgewälzt werden, ohne aber deren Einnahmesituation zu verbessern. Das führt zwar einerseits zum Sprichwort »Not macht erfinderisch«, doch oft wird der Kostendruck nur weitergegeben, so dass öffentliche Daseinsvorsorge auf der Strecke bleibt. Und auch am kommunalen Personalschlüssel wird Hand angelegt, so dass Arbeitsverdichtung jedem Gewerkschafter die Zornesröte ins Gesicht treibt. Viele Jahre ist es gut gegangen, eine Aufgabenfülle an Vereine und Verbände zu übertragen und ans Ehrenamt zu appellieren, doch inzwischen wollen Union und Liberale in Schleswig-Holstein mit ihrem Haushaltskonsolidierungspaket auch den freien Trägern die Mittel zusammenkürzen. Vielen sinnvollen und qualifizierten Angeboten und Projekten wie Frauenhäusern, Anlaufstellen für Suchtberatung, Erwerbsloseninitiativen, Migrationsarbeit, Aidshilfe, Jugendaustausch und -begegnung droht das Aus.

Keine Kürzungen zu Lasten von Frauen!

Ob Frauenhaus, Mädchentreff oder die Beratungsstelle „Frau und Beruf“ - die unsozialen Kürzungen der Kieler Landesregierung bedrohen die Existenz der in zwanzig Jahren gewachsenen Infrastruktur für Frauen in Schleswig-Holstein“ erklärt die Bundestagsabgeordnete und Landessprecherin der Linken.SH, Cornelia Möhring.

Schon heute reichen die Plätze in den Frauenhäusern vorne und hinten nicht. „Doch künftig werden Frauen in Not noch viel weitere Wege zurücklegen müssen, um sich vor Gewalt zu schützen. Und sie werden noch öfter vor überfüllten Frauenhäusern kehrtmachen“, so Möhring weiter. Kleinere Frauenhäuser sollen bald gar keine Gelder mehr erhalten. Deshalb müssen sich Frauen aus den Kreisen Stormarn und Rendsburg vermutlich bald an Schutzeinrichtungen im Herzogtum Lauenburg oder in Hamburg wenden. „Mit einer solchen Politik“ - so Cornelia Möhring - „wird Gesundheit und Leben von Frauen und ihren Kindern in unverantwortlicher Weise gefährdet.“

Wenn die Kürzungen aus Kiel wirksam werden, müssen die elf Beratungsstellen „Frau und Beruf“ in Schleswig-Holstein spätestens 2014 schließen. Sie sind aber unverzichtbar für bessere Arbeitsmarktchancen von Frauen. Auch auf die Mädchentreffs und Berufsberatungsstellen für Frauen und Mädchen kommen harte Zeiten zu, wenn die Sparpläne der Landesregierung wie geplant umgesetzt werden...

- 1.7.10, LINKE SH und im Bundestag, www.cornelia-moehring.de

Schlachtruf der Dithmarscher Frauen auf der Demonstration am 16. Juni 2010 in Kiel



Brot und Rosen - Brot ohne Rosen ?

Was bedeutet das "Sparpaket" des Landes Schleswig-Holstein eigentlich für die Frauen und Mädchen in Husum? Hier die Liste des Grauens:

- Die komplette Streichung aller Landesmittel für Mädchentreffs ab Ende 2010. Das bedeutet eine Kürzung der Gelder des Husumer Mädchentreff um 41.818 Euro und damit den Wegfall von 56% des Gesamtetats.
 - Die komplette Streichung des Fördertopfes für geschlechtsspezifische Jungen- und Mädchenarbeit im Land.
 - Die Kürzungen der Fördermittel für FRAU & BERUF ab 2011 und Einstellung ab 2014. Das bedeutet den Wegfall von 100% des Etats der Beratungsstellen.
 - Die Mittel für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen und ihre Notrufe werden in 2011 in den Kieler und Lübecker Beratungsstellen gekürzt. 2012 sollen 500.000 Euro landesweit eingespart werden. Was das für die Husumer Beratungsstelle bedeutet, wird sich erst bei der Aufstellung und Verabschiedung des Doppelhaushaltes (2011 und 2012) Ende des Jahres herausstellen.
 - Die Selbsthilfeberatungsstellen (NF KIBIS) werden über den Sozialvertrag finanziert. Hier wird um ca. 45% gekürzt.
 - Die Suchtberatungsstellen und ambulante psychiatrische Angebote werden ebenfalls über den Sozialvertrag finanziert. Hier wird um ca. 15% gekürzt
 - Die Mittel der Familienbildungsstätte werden in 2011 um 15%, in 2012 um 10% gekürzt. - Der Landesfrauenrat wird 2011 um 50% gekürzt, 2012 auf Null gesetzt.
- Weiblicher Widerstand gegen das "Landessparpaket" der gelb-schwarzen Regierung in Kiel ist also zwingend erforderlich!**

- Die LINKE Kreis Nord-Friesland, www.die-linke-nordfriesland.de

Religions- und Kirchenfragen

Die Gretchenfrage aus Goethes Faust auf dem Kirchentag 2010 neu gestellt: Petra Pau antwortet Wie hältst du's mit der Religion ?

Ein klares Jein!

Die Frage, über die wir herzlich streiten sollen, lautet: Ist Religion für die Demokratie ein Fluch oder ein Segen? Meine Antwort ist ein glasklares "Jein". Damit bin ich übrigens durchaus im Widerspruch zu meinem Bundestags-Fraktionsvorsitzenden. Gregor Gysi hält Religionen für unverzichtbar für ein gedeihliches und damit auch demokratisches Zusammenleben.

Nun reden wir nicht allgemein über Religionen, sondern bestenfalls über die abrahamischen Religionen in ihren unterschiedlichen Ausprägungen, insbesondere in ihrer katholischen und protestantischen. Beide vermitteln zwei tragende Fundamente für eine funktionierende Demokratie. Einmal durch das Menschenbild, das ihnen zugrunde liegt. Und zweitens durch Moralvorstellungen, die ihnen innewohnen.

Alle Menschen sind gleich würdig

Nach der christlichen Lehre sind alle Menschen gleichwertig und folglich mit derselben Würde ausgestattet. Oder anders ausgedrückt: Jede und jeder verfügt über die gleichen Rechte. Nur so kann wirkliche Demokratie gut gehen. Denselben Anspruch finden wir ja auch in Artikel 1 Grundgesetz: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Ich füge hinzu: Jedes Menschen, egal ob mit oder ohne deutschen Pass.

Die politische Realität sieht allerdings anders aus. Und es gibt Regeln des Zusammenlebens. Wir finden sie zum Beispiel in den zehn Geboten. Dabei ist es für diese Debatte zweitrangig, in welcher Reihenfolge sie geschrieben stehen. Sie sind geboten, zeitlos und ausnahmslos. Gleichwohl halte ich es für einen Fehlschluss, daraus abzuleiten, nur gute Christinnen oder Christen könnten auch gute Demokratinnen oder Demokraten sein. Religionen haben für mich kein Monopol auf Moral und Ethik.

Demokratie verträgt kein Monopol

Dem Doppel-Ja, das ich im Verhältnis "Religion zu Demokratie" sehe, stehen allerdings drei Neins gegenüber. Allemal,



Mein Wort zum Podium.

Petra Pau (DIE LINKE) | Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages,
Streitbares zur Diskussion | 2. Ökumenischer Kirchentag, München | Mai 2010

wenn ich nicht allgemein über Glauben und Religion, sondern konkret über Kirche(n) rede.

- Ich behaupte erstens: Eine Organisation, die im Inneren selbst undemokratisch verfasst ist, kann nur sehr beschränkt Demokratie befördern.
- Zweitens: Demokratie ist eine Bewegungsform der Vielfalt, sie verträgt keinen Alleinvertretungsanspruch und kein letztes Wahrheits-Wort.
- Und drittens lehrt die Geschichte: Sobald Kirchen nach weltlicher Macht streben oder sich von ihr korrumpieren lassen, verlassen sie den Pfad der Tugend.

Womit ich keinesfalls für eine unpolitische Kirche werbe - um Himmels willen! Ich wünsche mir Kirchen, die sich ausgehend von ihren humanistischen Wurzeln viel mehr gesellschaftlich und vernehmbarer einmischen. Und an Gründen mangelt es wahrlich nicht.

Drei aktuelle Beispiele

- Das erste: Bischöfin Käßmann hat sich gegen den Afghanistan-Krieg gewandt und gesagt, was eine Mehrheit der Bevölkerung denkt. Die "Berg-Predigt" hatte sie auf ihrer Seite. Etliche Würdenträger hatte sie gegen sich. Sie warfen ihr Verrat an der Regierung und an unseren Soldaten vor. Ich finde das absurd.
- Das zweite: Ein jüdisches Gesetz verbietet es, von Notleidenden Zinsen zu verlangen. Was macht die deutsche Regierung? Sie "hilft" Griechenland mit Darlehen, für die sie doppelt so hohe Zin-

sen verlangt, wie die Bundesrepublik selbst dafür bei Banken zahlen muss. Ich nenne das Wucher!

- Das dritte: 1997 gab es ein "Sozialwort der Kirchen" - "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit". Ich empfehle es weiterhin. Mit Bedauern. Denn hätten sich die Kirchen demokratisch so eingemischt, wie angekündigt, es hätte weder die "Agenda 2010" noch "Hartz IV" gegeben. Davon bin ich überzeugt.

Leitkultur birgt Sprengsätze

Eine weitere Debatte sei aufgegriffen, die über eine vermeintliche "Deutsche Leitkultur". Angestoßen wurde sie 1998 vom CDU-Politiker Jörg Schönbohm. Sein Aufsatz in der "Berliner Zeitung" war ein Rundschlag gegen Grüne und Linke, ein Plädoyer für Patriotismus und Volk. Seither wurden Tausende Schriften verfasst, die oftmals davon ausgehen: Deutschsein heißt Christ sein, und wenn schon nicht bekenntend, so doch fühlend. Jüdisch wird auch zugelassen. Beim Islam hört die Freundschaft häufig auf. Dabei gehört auch er zur abrahamischen Religions-Welt.

Für mich ist „Deutsche Leitkultur“ eine Worthülse mit Sprengsätzen. Leitkultur ist eine Kultur des Zusammenlebens. Sie heißt Demokratie. Sie heißt Rechtsstaat. Sie heißt Grundrechte. Mehr nicht und nicht weniger. Nun erzähle ich dazu gern die Geschichte, warum Papst Benedikt XVI. in Baden-Württemberg kein Deutscher werden könnte, obwohl er als Kardinal Ratzinger doch immerhin schon Bayer war und ist. Aber diese Episode lässt sich auf der folgenden Seite unten nachlesen.

Stattdessen ein aktuelles Denk mal: Aygül Özkan, geboren in der Türkei, wurde am 27. April 2010 Ministerin in Deutschland, als erste Migrantin. Vordem stand sie auf dem Boden des Grundgesetzes. Sie war gegen religiöse Symbole in Schulen. Die CDU holte sie auf den Boden christlicher Leitkultur zurück - verfassungswidrig, aber flugs.

Treffen wir uns in Utopia

Mir ist es übrigens egal, woher jemand sein Engagement für Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit schöpft - aus der Bibel, aus dem Talmud, aus dem Koran oder aus dem "Kapital" von Karl Marx. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Meine Hochachtung gilt allen, die sich sozial engagieren und gegen Unrecht aufbegehren. Ohne die Solidarität, die in Kirchen gelebt wird, nähme unsere Demokratie noch mehr Schaden, als ohnehin. Meine Vision ist ein Land, in dem soziale und Freiheitsrechte gleichsam gelten - für alle, nicht nur für die Schönen und Reichen.

Vielleicht treffen wir uns auf dem Weg nach Utopia !

- www.linksfraktion.de



Papst Benedikt XVI. in Baden-Württemberg ausgebürgert?

In Baden-Württemberg gilt ein „Leitfaden“, mit dem einbürgerungswillige Muslime generell unter Terror-Verdacht gestellt werden. Mit weit über 30 Gesinnungsfragen sollen sie ausgehorcht und wenn möglich entlarvt werden. Das ist wider das Grundgesetz.

Hinzu kommt: Viele der aufgelisteten Fragen gehen den Staat nichts an. Sie sind obendrein oberdusselig. So sollen Muslime ein positives Bekenntnis zu gleichgeschlechtlichen Ehen abgeben und gut finden, wenn sie eine Frau zur Vorgesetzten haben. Nach diesen Maßstäben müsste Papst Benedikt XVI. im katholischen Baden-Württemberg sofort die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt werden.

- Berlin, den 6. Januar 2006
- www.petrapau.de/

CDU: „Die Zeit des Missionierens ist nicht vorbei!“

Religionsfreiheit für das Christentum weltweit ?

Macht und Herrschaft eines Staates beruhen ohne Zweifel auf Gewalt, zugleich aber immer auch auf der Anerkennung durch seine Bewohner. Solange die Staatsmacht ihr Selbstverständnis und ihre Autorität ausschließlich auf eine gottgegebene Ursache stützte, war sie durch individuelle Freiheit in religiösen Dingen in Frage gestellt. Bürgerrechte konnten daher nur Christen haben, Abfall vom einzig wahren Glauben galt folgerichtig als Rebellion und Zersetzung des christlichen Staates. Erste Voraussetzung staatlich gewährter Religionsfreiheit ist daher die Loslösung staatlicher Macht vom Gottesgnadentum und ihre Distanz zu religiösen Angelegenheiten. Nur dies ermöglicht es dem Staat, Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu üben, ohne die eigene Legitimität in Frage zu stellen.

War das Staatsverständnis des Mittelalters noch ganz im Zeichen der Bewahrung dieser Glaubenseinheit geblieben, ergab sich mit der konfessionellen Spaltung in der Reformationszeit die Notwendigkeit, einen neuen rechtlichen Rahmen für das Zusammenleben der Angehörigen unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse innerhalb desselben politischen Gemeinwesens zu finden. Dies war das Ende der auf dem Christentum beruhenden katholischen Universalmonarchie.

Die staatliche, nun sich weltlich begründende Macht, konnte nur in dem Maße konfessionelle Gegensätze überwinden oder vermitteln, wie sie sich selbst aus der Bindung an die „wahre“ Religion löste. Der Westfälische Friede, zu Münster und Osnabrück am 24. Oktober 1648 abgeschlossen, markiert als staatsrechtliches Dokument den ersten Schritt in diese Richtung. Nur so konnten damals die erschöpften Kriegsparteien den Dreißigjährigen Krieg in Europa beenden. Auf diesem wahrlich langen Wege wurde Religionsfreiheit heute ein politisches Individualrecht, das den Einzelnen vor dem Zugriff der Religion, der eigenen wie der fremden, im Namen staatlichen Rechtes schützt.

Die Bundestagsdebatte am 8. Juli

In diesem Spannungsfeld verlief die Bundestagsdebatte am 8. Juli 2010 zum

Thema „Religionsfreiheit“. Im Koalitionsvertrag zur Bildung der Bundesregierung im Jahre 2009 hatten CDU und FDP das Ziel formuliert, sich „weltweit für Religionsfreiheit einzusetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Lage der christlichen Minderheiten zu legen“. Jetzt hatten die Fraktionen von CDU und FDP dazu dem Bundestag einen Antrag mit der Überschrift vorgelegt: „Religionsfreiheit weltweit schützen“. Die Grünen reichten einen Gegenantrag ein. Titel: „Das Menschenrecht auf Religions- und Glaubensfreiheit stärken“. Von SPD und LINKEN gab es Redebeiträge.

Antrag von CDU und FDP: „Religionsfreiheit weltweit schützen“

„Wenn Millionen Christen in der ganzen Welt ihren Glauben nicht frei leben können, wollen wir nicht schweigen“ – man soll Westerwelle ja nicht zuviel der Ehre antun: Aber natürlich wurde dieser Satz des Außenministers in der parlamentarischen Aussprache von der konservativen Presse gern aufgegriffen, (Rheinische Post-online vom 8. 7.2010) ! Für historisch etwas geübte Ohren hat dieser Satz doch einen sehr unangenehmen Klang nach deutschem Sendungsbewusstsein und Weltmission.

Und wir werden nicht enttäuscht:

Der Koalitionsantrag unterlegt seinen Aufschrei für die verfolgten Christen in der nichtwestlichen Welt damit, dass Aufgrund der Verbreitung des Christentums und seines schnellen Wachstums in Ländern ohne Religionsfreiheit das Christentum mit 200 Millionen Menschen die größte verfolgte religiöse Minderheit und häufig betroffen von konkreter Gewalt sei. Aber nicht der Vorschlag, alle Menschen, die aufgrund ihrer Religion an den Grenzen von Europa um Asyl bitten, aufzunehmen folgte. Als wesentliches Ziel für die Politik der Bundesregierung soll gelten, die aktive Propaganda für den christlichen Glauben, die christliche Mission in den arabischen und asiatischen Ländern zu unterstützen: „Noch stärker eingeschränkt ist vielfach das Recht, für die eigenen Glaubensüberzeugungen zu werben. Diese Beschränkungen gehen häufig einher mit Einschränkungen bezüglich des Glaubenswechsels. ...“



Der „deutsche“ § 166 StGB gegen die "Beschimpfung von Religionsgesellschaften" engt die Religionsfreiheit ein.

Das sahen Kritiker bereits 1929 so. Sie drückten dies in einer Karikatur in ihrer satirischen Zeitschrift "Der wahre Jacob" folgendermaßen aus:

Der - große - Kirchenvertreter bindet sich den Paragraphen an den Hals, während der - kleine - liebe Gott bedauernd sagt: "Schade, Kinder, dass man euch jetzt so scharf ans Leder geht - ihr habt euch meiner immer so brav angenommen!"

Man beachte auch den langen Pastorenbart, der wie ein Schwert wirkt, und die Teufelhörner auf dem Kopf des Pfaffen.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt daher, dass das friedliche Werben für die eigene Religion Bestandteil der Religionsfreiheit ist und durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und den Zivilpakt geschützt ist. Zur Menschenrechtspolitik muss daher auch das Werben für eine weltweite Durchsetzung dieses Rechts gehören.“ Dementsprechend machte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Kauder, den im Parlamentsprotokoll festgehaltenen Zwischenruf: „Die Zeit des Missionierens ist nicht vorbei!“

Gegenantrag

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Das Menschenrecht auf Religions- und Glaubensfreiheit stärken“

In ihrem Gegenantrag wie auch in ihren Reden hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschrieben, der Ansatz der Koalition, sich „weltweit für Religionsfreiheit einzusetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Lage der christlichen Minderheiten zu legen“, sei grundsätzlich zu begrüßen.

Um dann aber in der Diskussion dagegen zu halten: Das Recht der Religionsfreiheit sei universell und diskriminierungsfrei, dafür müsse man ohne Hervorhebung einzelner religiöser Minderheiten eintreten, so Volker Beck, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er fährt in seiner Rede fort: „Das bringt für uns als Bundestag gemeinsam mit den Ländern die große Aufgabe mit sich, endlich die Weltreligion des Islam in Form von anerkannten islamischen Religionsgemeinschaften innerhalb des deutschen Religionsverfassungsrechtes gleichzustellen. So können wir diesen die Rechte geben, die unser Religionsverfassungsrecht beim Religionsunterricht und bei der Ausbildung von

Geistlichen gewährt, und diese Religionsgemeinschaft auch mit Blick auf andere rechtliche Konsequenzen, die sich aus der Anerkennung ergeben, gleichstellen. Denn nach dem Christentum ist der Islam in Deutschland die zweitgrößte religiöse Gruppe. Es kann nicht sein, dass eine so große Zahl von Menschen bei der Inanspruchnahme ihrer Grund- und Menschenrechte letztendlich nicht gleichgestellt ist.“

Daraus wird im Antrag ein Arbeitsauftrag an die Bundesregierung abgeleitet. Nach Auffassung der GRÜNEN bilden gemeinsam mit Artikel 4 des Grundgesetzes die Staatsverträge zwischen der Bundesrepublik und den Religionsgemeinschaften die Voraussetzungen, eine vollständige rechtliche Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften in Deutschland zum Schutz des Menschenrechts auf Religions- und Glaubensfreiheit herbeizuführen. Auch „die notwendige rechtliche Gleichstellung des Islam ist innerhalb dieses Systems möglich. ... Wie die rechtliche Gleichstellung des Islam innerhalb dieses Systems möglich ist, soll geprüft werden.“

In der Einleitung ihres Antrages hatten die Grünen, anders als die CDU/FDP, präzisiert, was für sie Religions- und Glaubensfreiheit überhaupt ist:

1. Die Religions- und Glaubensfreiheit ist eine Ausprägung der Menschenwürde. Sie schützt das Recht des und der Einzelnen, einen Glauben oder eine Weltanschauung zu bilden, zu haben, zu äußern und zu ändern, und somit sein oder ihr gesamtes Verhalten an den Lehren seines oder ihres Glaubens auszurichten und der inneren Glaubensüberzeugung gemäß zu handeln („individuelle Freiheit“).

2. Ebenso schützt die Religions- und Glaubensfreiheit die Freiheit religiöser oder weltanschaulicher Vereinigungen etwa bei der Ausübung ihrer nach außen gerichteten Tätigkeit („kollektive Freiheit“).

3. Drittens schützt sie die Freiheit, keinen Glauben zu bilden, zu haben, zu bekennen und danach zu leben („negative Freiheit“).

DIE LINKE:

Trennung von Religion und Staat ist noch längst keine Wirklichkeit

Zum Ende des Berichtes über diese Bundestagsdebatte lassen wir noch Raju Sharma, religionspolitischer Sprecher der Partei DIE LINKE, zu Wort kommen: Er bezieht sich zunächst auf die UN-Resolution „gegen die Diffamierung von Religion“ von 2007. Sie ist tatsächlich in ihrer substantiellen Aussage sehr problematisch. Nicht nur weil sie in der UNO nur mit einer Mehrheit von 108 gegen 51 bei 25 Enthaltungen angenommen wurde. In der Resolution wird einzig der Islam als Religion genannt. Darin wird tiefe Besorgnis über Versuche ausgedrückt, den Islam mit Terrorismus, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Verbindung zu bringen. Aber Individualrechte für islamische Bürger jkommen nicht vor.

Es wird im folgenden - zum Schluss dieser Analyse - ein Teil der Rede von Raju Sharma zitiert, die umseitig in kursiv zu lesen ist.

- Karl-Helmut Lechner

Quelle:

Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 15/55, Berlin, 8. Juli 2010

„Religionsfreiheit weltweit schützen“

Rede von Raju Sharma, Bundestagsabgeordneter für die LINKE.SH und religionspolitischer Sprecher der Fraktion der Linken, am 8. Juli 2010

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In ihrem Antrag fordert die Regierungskoalition, Religionsfreiheit weltweit zu schützen. Wir als LINKE können das nur unterstützen. Denn natürlich schätzen und achten wir die Freiheit jedes Menschen, seinen Glauben frei von Verfolgung und Unterdrückung zu leben, genau so, wie wir die Freiheit grundsätzlich achten. Denn tatsächlich ist die LINKE die Partei der Freiheit. Ja, das mag einige überraschen, weil wir die Rechtsnachfolgerin der SED sind, die anders als wir LINKEN heute die Freiheit ganz und gar nicht geschätzt hat. Wir stehen zu dieser Vergangenheit, wir stellen uns ihr und wir haben aus ihr gelernt - denn heute ist die LINKE mehr als alle anderen demokratischen Parteien diejenige, die im innerparteilichen Diskurs die Meinungsvielfalt nicht nur toleriert, sondern als Reichtum begreift und deshalb unterstützt und fördert.

Auch in unserer Programmdebatte wird der Begriff einen wichtigen Platz einnehmen - denn anders als die FDP haben wir die Freiheit nicht als Statue, sondern als Statut. Auch das hat nämlich Tradition in der Linken: Freiheit und Gleichheit begreifen wir nicht als Gegensatz, sondern als sich ergänzende und bedingende Elemente der Demokratie, ohne dass eines von beiden größer geschrieben würde. Das zeigt sich schon darin, dass das bekannteste Zitat zur Freiheit von einer Sozialistin stammt. Und das gilt ganz besonders für den Bereich, der den Menschen tief berührt und sein Selbstverständnis betrifft. Ganz klar: Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersgläubigen.

Deshalb verurteilen wir es natürlich, wenn in vielen Ländern dieser Welt Religionsfreiheit noch keine Selbstverständlichkeit ist. Wie zum Beispiel in Tibet, was im Antrag von CDU und FDP leider gar nicht erwähnt wird. Völlig zu Recht hat der Dalai Lama den Friedens-Nobelpreis erhalten, und in seinen Bemühungen um die Tibeter verdient er aus meiner Sicht unsere volle Unterstützung. Genau so wie all die anderen Menschen, die sich weltweit für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit stark machen und dafür eintreten, dass sich Rechtslage und Rechtspraxis in ihrem Land so entwickeln, dass das öffentliche Bekennen für die eigene Religion gewährleistet ist.

Der Antrag der Regierungskoalition findet insofern grundsätzlich meine Zustimmung, ebenso wie der von den Grünen. Allerdings bin ich der Meinung, dass sich CDU und FDP um mehr Ausgewogenheit hätten bemühen können. Denn deren Antrag konzentriert sich vorwiegend auf christliche Minderheiten, was das im Antrag enthaltene Islam-Bashing noch verstärkt und die verschiedenen Religionen unnötig gegeneinander in Stellung bringt. Zudem erweist sich die Haltung der Koalition nicht wirklich als konsequent:

Denn wer die UN-Resolution "gegen die Diffamierung von Religion" - sicher richtigerweise - ablehnt und darin einen Beweis für die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Islam sieht, sollte auch einen Blick ins deutsche Strafgesetzbuch werfen: Zumindest in der praktischen Handhabung ist das in § 166 enthaltene Verbot einer "Beschimpfung von Religionsgesellschaften" nicht allzu weit von der gescholtenen Resolution entfernt. Ich meine, wir sollten alle Religionen mit demselben Respekt behandeln.

Aus dem Programmentwurf der LINKEN Aus IV.: Kirchen und Religionsgemeinschaften

„DIE LINKE achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Unabhängigkeit. In Verkündung, Seelsorge und Diakonie sind sie eigenständig und keiner staatlichen Einflussnahme unterworfen. Staat und Kirche sind getrennt. Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf freie Religionsausübung. Allerdings müssen die Grundrechte auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen Geltung haben. Niemand, der sich nicht bekennt, darf in irgendeiner Weise benachteiligt werden. Wir wenden uns gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion. An den Schulen sollen der Ethik- und Religionsunterricht der Wissensvermittlung über Religionen dienen und die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern.“

Außerdem stünde es der Regierung durchaus nicht schlecht, ein "Urbi et Orbi" auch für sich zu beherzigen: In Sachen Religionsfreiheit lohnt sich nämlich nicht nur der Blick in die Welt, sondern auch ins eigene Land. Eine staatliche Unterdrückung oder Verfolgung einzelner Religionsgemeinschaften ist hier zwar nicht zu beklagen, bedingungslose Religionsfreiheit ohne jede Einschränkung ist aber auch bei uns nicht zu finden. Jedenfalls dann nicht, wenn man auch die konsequente Gleichbehandlung aller Glaubensgemeinschaften darunter versteht: Wenn nämlich ein Muslim zu häufig sein Gotteshaus besucht, kann er schon mal als potenziell verdächtig in der Antiterror-Datei landen - der eifrige Kirchgänger jedoch muss dies nicht befürchten. Und wenn deutsche Behörden an die USA Fluggastdaten übermitteln, die nicht nur Angaben über die Mitgliedschaft in Gewerkschaften, sondern auch solche über Essgewohnheiten und über die Religionszugehörigkeit enthalten, geschieht dies bekanntermaßen nicht, um den Bordservice für die Passagiere zu optimieren.

Auch in manch anderer Hinsicht findet staatliche Ungleichbehandlung statt: Noch immer werden die evangelische und katholische Kirche gegenüber anderen Religionsgemeinschaften bevorzugt, und eine konsequente Trennung von Religion und Staat ist noch längst keine Wirklichkeit in Deutschland. Ich sage nur: Staatsleistungen, Kirchensteuer, Religionsunterricht. In dieser Hinsicht könnten wir von unseren Nachbarn lernen: Frankreich hat den Laizismus als Grundsatz in der Verfassung fest geschrieben, wir haben Gott in der Präambel des Grundgesetzes.

Immerhin bekennt sich die Koalition in ihrem Antrag auch zur Freiheit der Nichtgläubigen, die anerkannt und geschützt werden soll. Es besteht also ein breiter Konsens darüber, dass die Zeit des Missionierens endgültig vorbei ist: Wenn Menschen zum Glauben finden, sollten sie das in Freiheit tun - hier und im Rest der Welt.

Vielen Dank



Bunter Aktionstag gegen Nazis auf dem Ratzeburger Marktplatz

Unter dem Motto „feste feiern gegen Nazis – Weg mit dem Ratzeburger Nazi-Haus“ fand am Samstag ein buntes „Fest gegen Rassismus und Intoleranz und für Solidarität und ein soziales Miteinander statt.“

Gegen Mittag hatten sich auf dem Ratzeburger Marktplatz, trotz sengender Hitze, eine Menge überwiegend junger Leute versammelt. Bei fetziger Livemusik dreier Bands wurde mit Informationen und Aktionen ein deutliches Zeichen gegen die Ausgrenzung von Ausländern und Andersdenkenden gesetzt. Durch eine Vielzahl selbstgemalter Transparente, die den sonst so grauen Markt in eine buntes Farbenmeer verwandelten, wurde nicht nur den vorbeiziehenden Touristen sofort klar:

Ratzeburg hat ein Nazi-Problem - aber es gibt auch viele Leute, die sich dagegen zur Wehr setzen! An den Infoständen vor dem Alten Kreishaus bot sich reichlich Raum für Informationsaustausch und teilweise heftige Diskussionen. Vertreten waren die Antifaschistische Aktion, die linksjugend solid, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, die AIDS- und Behinderten-Selbsthilfe, die Grünen und die Partei DIE LINKE.

Hintergrund dieses Festes sind verstärkte Aktivitäten einer neonazistischen Gruppe in Ratzeburg. Die sogenannte 'Nationale Offensive Herzogtum Lauen-

burg', treibt, ausgehend von einem Haus in der Langenbrücker Straße 17, ihr Unwesen in der Kreisstadt. Vermeintlich links oder ausländisch aussehende Passanten werden in der Innenstadt regelmäßig von den Rechtsradikalen angepöbelt, Jugendliche werden an der Badestelle Aqua Siwa bedroht und es kam auch schon zu mehreren gewalttätigen Übergriffen. Der Marktplatz wurde von den Neonazis zu ihrem Treffpunkt und als „national besetzte Zone“ erklärt.

„Wir werden keine 'No-Go-Areas' dulden und wollen diesen Raum wieder allen Menschen zugänglich machen!“ so die Veranstalter in einer Abschlusserklärung. Forderungen nach mehr Demokratie und Toleranz seien nichts mehr als schöne Worte, wenn sie nicht mit Chancengleichheit und gelebter Solidarität einhergingen. Die Veranstalter wollten mit ihrer Aktion einen Anfang machen und allen Menschen, die sich durch die Neonazis gestört fühlen oder ein Zeichen gegen Ausgrenzung setzen wollen, die Möglichkeit geben, dies öffentlich zu tun.

Die Befürchtungen der Polizei, von dem Fest könnten Gewalttätigkeiten ausgehen, stellten sich als völlig grundlos heraus. Das Fest fand am Nachmittag einen friedlichen Ausklang. Ähnliche Aktionen sollen laut Aussage der Veranstalter folgen.

- Kreistagsfraktion DIE LINKE
Herzogtum Lauenburg

Credo für den Landesrat

Hallo liebe Genossinnen und Genossen in Schleswig-Holstein und Helgoland !

Die Karten sind von Schleswig-Holstein und Helgoland. Ganz schön große Flächen. In diesen Gebieten sind inzwischen ca. 1300 Mitglieder der LINKEN verteilt. Da ist es mit der Kommunikation sehr schwierig, weil die Entfernungen recht groß sind. Der Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle sind in Kiel. Das ist zum Beispiel von Stormarn nicht gerade um die Ecke.

Da kommt jetzt der Landesrat ins Spiel. Ich möchte für diese Einrichtung sehr kräftig eine Lanze brechen. Offiziell hat Ralf Iden den Landesrat beschrieben, mit Statuten und Satzung und Allem. Da steht unter anderem auch drin, dass der Landesrat zwischen den Parteitagen das höchste Gremium ist. Nun sind sehr viele Genossen der Meinung, dieses Gremium sei nur zur Kontrolle da und sind deshalb gegen die Regelung, aus jedem Kreis nur zwei Delegierte in den Landesrat zu entsenden. Sie sind dafür, aus Kreisen mit mehr Mitgliedern auch mehr Delegierte zu entsenden.

Doch so, wie es jetzt ist, haben alle Kreise das gleiche Stimmrecht. Nicht nur zur Kontrolle, sondern auch zu Vorschlägen, Meinungen, Beschlüssen, Empfehlungen usw. gegenüber dem Landesvorstand, der Partei und den Kreisen. Während der Landesratssitzungen haben somit alle Kreise, der Landesvorstand und alle Mitglieder die Möglichkeit sich (so wie es bei der letzten Sitzung in Bordesholm gesagt wurde, auch bei Kaffee und Kuchen) untereinander auszutauschen. So entstehen Beschlüsse und Entscheidungen aus Diskussionen, und nicht aus Anordnungen von Oben!

Ich hoffe, es sind viele Mitglieder in unserer Partei meiner Meinung und nutzen den Landesrat als nützliches, sinnvolles und friedliches Medium, möglichst mit allen Delegierten.

Es grüßt euch alle schön

Rolf Heitmann,
KV DIE LINKE Stormarn

Grundeinkommen oder Grundsicherung

Auswege aus dem Dilemma von entfremdeter Arbeit, repressiver Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang

von Rudi Arendt

Der politische Konflikt beim Thema Grundeinkommen/Grundsicherung besteht in den unterschiedlichen Sichtweisen über die "notwendige Reform des Sozialstaats", also über die Frage, "inwieweit soziale Sicherung noch über die Umlagen auf Lohnarbeit (Sozialversicherungsbeiträge) oder über Steuern finanziert werden kann.

Wirtschaftsliberalen geht es beim Grundeinkommen um die Senkung der sog. Lohnnebenkosten, während Teile der Linken hier eine Emanzipation vom Zwang zur Lohnarbeit ("Befreiung von falscher Arbeit") erkennen wollen. Manche sehen in einem bedingungslosen Grundeinkommen auch einen Weg, "in einer kapitalistischen Gesellschaft einen nichtkapitalistischen, quasi systemfremden Sektor zu schaffen, mit der Perspektive einer allmählichen Zurückdrängung des kapitalistischen Sektors." Diese jahrhundertalte Debatte (16. Jahrhundert) kennt unter ihren Vordenkern sowohl utopische Sozialisten, wie marktradikale Ökonomen.

Zur Klärung der Begriffe sei angemerkt, dass es bei der Grundsicherung um ein System geht, dass die Leistungen der Sozialversicherung erweitert und eine Art Mindestsicherung garantiert. Die Grundsicherung soll also die Leistungen der Sozialversicherung nicht ersetzen, sondern erweitern und verbessern. Sie wird in der Regel aus Steuermitteln finanziert.

Eine davon klar zu unterscheidende Position ist die Forderung nach einem Grundeinkommen. Dieses stehe jedem Menschen oder "Bürger" der Gesellschaft grundsätzlich zu. Deshalb wird es in der wirtschaftsliberalen Sicht auch oft als "Bürgergeld" bezeichnet. Beim Grundeinkommen, das wahlweise auch als "allgemein" oder "bedingungslos" gekennzeichnet wird, gibt es grob zwei Varianten: Ein niedriges Grundeinkommen, das faktisch zur Hinnahme materieller Armut führt. Oder ein hohes Grundeinkommen, das es ermöglicht, auf die Aufnahme einer Erwerbsarbeit zu verzichten, um sinnvollerer bzw. selbst verwirklichenden Tätigkeiten repressionsfrei nachgehen zu können.

Zur parteiinternen Diskussion und Bildung sei das WSI Gutachten "Die Grundsicherungsmodelle der Linken" vom 23.01.2009 erwähnt. Es stellt die verschiedenen Positionen innerhalb der Partei dar. Dabei heißt es in der Einleitung: Die Diskussion um ein Grundeinkommen bzw. einer Grundsicherung innerhalb der Partei der Linken reiht sich ein in eine zeitlich wie sachlich weit reichende Diskussion um die Einführung eines (bedingungslosen) Grundeinkommens. Die sich mittlerweile in einer Fülle von Beiträgen widerspiegelt. Gegenüber früheren Diskussionschüben der 1970er und 1980er Jahre ist die jüngste Diskussion eine Reaktion auf drei Debatten:

1. Als Reaktion auf die zukünftige Ausrichtung des Sozialstaates
2. Als Ersatz des Verlustes positiver Gesellschaftsutopien nach dem Übergang sozialistischer Systeme zum marktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodell ("neue Sozialutopie)
3. Die Kritik an Hartz IV.

In der Diskussion um das Grundeinkommen stellen sich oft gleiche Fragen:

Sollen alle Mitglieder der Gesellschaft Empfänger sein oder sollen Differenzierungen vorgenommen werden? Werden Leistungen bedingungslos oder doch abhängig vom Einkommen gewährt? Erfolgt der Leistungsanspruch streng individualisiert oder wird die Familien- und Haushaltskonstellation berücksichtigt? Schließt die Bedingungslosigkeit auch die völlige Unabhängigkeit von der Erwerbsbereitschaft ein? Wird die Leistung so bemessen, dass auch ohne Erwerbsarbeit eine Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand möglich ist oder wird lediglich ein Minimum gewährt? Soll das bisherige Sozialleistungssystem ersetzt oder durch das Grundeinkommen/Grundsicherung ergänzt werden? Wie sieht die Gegenfinanzierung aus? Wie soll die Administra-



tion laufen? Bundesweit, regional, oder kommunal? Und schließlich: Wie entwickelt sich eine Gesellschaft ohne Arbeitszwang? Würden sich Arbeitsbedingungen durch ein repressionsfreies Grundeinkommen verbessern?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte zumindest auslösen, dass schwere Arbeit gut bezahlt werden muss, sonst macht sie eben keiner. Und es müssten sich neue Formen der Assoziation herausbilden, bzw. die Gewerkschaften müssten Anstrengungen unternehmen, wie die neuen Arbeits- und Lebenserfahrungen in einer gesellschaftlichen Norm vertreten werden.

Für eine solche gesellschaftliche Veränderung ist Voraussetzung, dass dieses kommunal und in ganzer Bandbreite diskutiert wird. Ein Fortschritt wäre, wenn es vor Ort Mehrheiten gegen die gegenwärtigen repressiven und entwürdigenden Methoden (Hartz IV) für Erwerbslose geben würde. Die Debatte zu diesem Thema ist relativ weit entwickelt. Unter www.archiv-grundeinkommen.de kann die Bandbreite der Vorstellungen eingesehen werden. In der parteiinternen Diskussion wäre es ein Schritt nach vorn, wenn bei Befürwortern und Gegnern des Grundeinkommens gemeinsam kreative Auswege aus dem Dilemma von entfremdeter Arbeit, repressiver Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang gefunden werden.

Programmwurf DIE LINKE: Präambel Existenzsicherung

- für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit, für Vollbeschäftigung und die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, gegen Billigjobs, Hungerlöhne und gegen den Ersatz regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit oder Scheinselbstständigkeit. Wir wollen, dass die Menschen Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, die Sorge für Kinder, Partner und Freunde und schließlich individuelle Weiterbildung und Muße selbstbestimmt verbinden können...

- für ein Leben in sozialer Sicherheit, für eine sanktionsfreie armutsfeste Grundversicherung und umfassenden Kündigungsschutz. Hartz IV muss weg, niemand darf mehr gezwungen werden, Beschäftigung unter Missachtung seiner Qualifikation oder zu Hungerlöhnen anzunehmen.

- für eine armutsfeste gesetzliche Rente für alle Erwerbstätigen, die paritätisch von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird, den Lebensstandard im Alter sichert und, anders als die private Vorsorge, nicht von den Launen der Finanzmärkte abhängig ist. Eine Gesellschaft, die Millionen alte Menschen zu einem Leben in Armut verdammt, ist unmenschlich.

Was verdient ein Abgeordneter?

Als kurz nach dem letzten Bundesparteitag der LINKEN die Diskussion darüber begann, ob Mitglieder des Parteivorstands für die Wahrnehmung ihres Amtes von der Partei eine Vergütung erhalten sollten, ging es dabei zumeist um diejenigen Funktionäre, die zugleich Abgeordnete sind und hierfür entsprechende Diäten beziehen; einige der betroffenen Vorstandsmitglieder (die Parteivorsitzende Gesine Löttsch, die Parteibildungsbeauftragte Halina Wawzyniak und ich als Bundesschatzmeister) haben auch vor diesem Hintergrund auf Sonderzahlungen durch die Partei verzichtet. Aber wieviel verdient eigentlich ein Abgeordneter?

Bundestagsabgeordnete erhalten für ihre Tätigkeit eine steuerpflichtige Entschädigung ("Diät") von derzeit 7.668 Euro. Hinzu kommt eine (steuerfreie) Ko-

Lesetipp:
**Grundeinkommen -
Geschichte - Modelle - Debatten**

Texte 67: Ronald Blaschke, Adeline Otto, Norbert Schepers (Hrsg), 422 Seiten
Karl-Dietz-Verlag Berlin
ISBN 978-3-320-02223-5

In der Reihe "Texte" der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine empfehlenswerte Zusammenfassung und Übersicht über die Debatte und Geschichte des "Grundeinkommens" erschienen. Ronald Blaschke beschreibt im ersten Teil die historische Idee und ihre Befürworter wie Thomas Paine oder Thomas Spence (18. Jahrhundert) und setzt sie Fragestellungen aus.

Welche Argumente wurden damals wie heute gegen Bedürftigkeitsprüfungen vorgebracht? Behandelt werden auch die neoliberalen Ansätze wie sie von dem thüringischen Ministerpräsidenten Althaus in Form eines "solidarischen Bürgergeldes" propagiert werden. Erich Fromms Ansatz für ein "Grundeinkommen" enthält interessante Argumente gegen die Faulheitsunterstellungen, die oft in den Debatten gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen erhoben werden. Denn: Die Idee des Grundeinkommens ist unvereinbar mit einem anthropologischen Pessimismus, nachdem der Mensch prinzipiell böse und korrupt ist, ein Mensch, der ständig der Kontrolle, des Zwanges und er Abhängigkeit bedarf und deshalb einer rigiden Ordnung unterworfen und durch fest gefügte Strukturen

diszipliniert werden muss."

Katja Kipping stellt anschließend in einem Essay fest: "niemand kann eine definitive Garantie ausgeben, wie eine Grundeinkommensgesellschaft funktioniert. Schließlich wurde nirgendwo ein bedingungsloses Grundeinkommen realisiert. Was es aber in der Realität gibt, ist das Gegenmodell zum Grundeinkommen: also Arbeitszwang, Bedürftigkeitsprüfungen, Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze und die finanzielle Inhaftnahme von Angehörigen." Desweiteren werden die aktuellen Vorschläge verschiedener Befürworter eines steuerfinanzierten Ausbaus des Sozialtransfers skizziert.

In einem Ausblick von Ronald Blaschke heißt es: "Aus linker Perspektive ist es nun nötig, die derzeit diskutierte und zukünftig entworfenen Ansätze bzw. Modelle des Grundeinkommens daran zu messen, ob sie den Menschen ein Mehr an individueller Freiheit und der Gesellschaft ein Mehr an Demokratie, Humanität und Solidarität bieten. Zu prüfen ist auch, ob die Ansätze und Modelle einer ökonomischen Entwicklung zuträglich sind, die ethischen, ästhetischen und ökologischen Ansprüchen genügt. Dagegen ist grundsätzlich zu fragen, ob Grund/Mindestsicherungen den grundlegenden menschenrechtlichen und arbeitspolitischen Ansprüchen einer modernen Gesellschaft genügen können. Es schließt sich ein Überblick über die Grundeinkommensdebatte in Europa aus linker Perspektive von Adeline Otto an.

- Rudi Arendt

stenpauschale, aus der u.a. die Aufwendungen für Wahlkreisbüros, Telefon, Porto, Veranstaltungen, Publikationen, Anzeigen u.ä. zu bestreiten sind. Für besondere Funktionen im Bundestag oder in der Fraktion gibt es noch Zulagen in gestaffelter Höhe - so bekommen z.B. AK-Leiter und Mitglieder des Fraktionsvorstands noch eine 1/4-Diät, also 1.917 Euro, dazu.

Aus der zu versteuernden Diät haben die Abgeordneten neben ihren Mitgliedsbeiträgen auch Mandatsträgerbeiträge an ihre Partei zu zahlen. Dabei gilt nach unserer Satzung der Grundsatz, dass diese Beiträge immer auf der Ebene gezahlt werden, auf der das Mandat wahrgenommen wird - d.h. Kreistagsabgeordnete zahlen an den Kreisverband, Landtagsabgeordnete an den Landesverband und Bundestags- sowie Europaab-

geordnete an den Parteivorstand. Die Höhe der Mandatsträgerbeiträge wird vom jeweiligen Vorstand beschlossen. Entsprechend dem beschlossenen Richtwert von rund 14 Prozent einer Diät zahlen die Bundestagsabgeordneten der LINKEN monatlich 1.100 Euro an den Parteivorstand sowie 230 Euro an den Fraktionsverein. Die meisten von uns leisten daneben noch eine Vielzahl freiwilliger Spenden an gemeinnützige Vereine und Organisationen im Wahlkreis. Bei mir kommen auf diese Weise nochmal rund 400 Euro im Monat zusammen.

Wer mehr zu diesem Thema wissen möchte, kann sich gern an mich wenden, als Bundesschatzmeister freue ich mich auch über Hinweise und Anregungen.

- Raju Sharma, Bundestagsabgeordneter
-raju.sharma@die-linke.de

Imperialismus anderer Qualität ?

Emil Neubauer und Ralf Iden, Juli 2010

Die Gegenwart des Weltmarkts wird im Programm-Entwurf der Partei DIE LINKE realistisch mit Imperialismus und Krieg gekennzeichnet (Seite 10 PDF).

Welche Auffassungen von Imperialismus und Krieg werden dort dargelegt?

- Der erste Absatz lässt trotz der vagen Wortwahl den Schluss zu: Die entwickelten Staaten sichern die Weltmarkt-Interessen ihrer Konzerne gemeinsam gegen den Rest der Welt mittels internationaler Institutionen. Der Finanzkapitalismus ist hier eine treibende Kraft: "Der heutige Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung."

- Der zweite Absatz beginnt konsequent mit dem imperialen Krieg. Dann erfolgt die Aufzählung einer Reihe anderer Kriegsursachen und verschleiender Kriegsbeurteilungen jenseits des Völkerrechts. Hieran werden die Kriege gegen Jugoslawien, Irak und Afghanistan eingereiht. Deren imperialistischer Gehalt verschwindet dabei.

- Im dritten Absatz wird die Gefahr eines "neuen Imperialismus in einem entdemokratisierten Raum" beschworen. Als treibende Kräfte hierhin werden im Entwurf ausdrücklich genannt: "Mächtige Fraktionen der Machteliten der Vereinigten Staaten haben deren globale Vorherrschaft zum Ziel. Auch die EU versucht zunehmend aggressiv, in der weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen ihre Stellung auszubauen."

- Im vierten Absatz wird bedauert, dass die EU ihren scheinbar friedenspolitischen Weg mit dem Lissaboner Grundlagenvertrag in Richtung kriegsführender Politik verlässt.

Wenn eine Partei, welche sich auf Rosa Luxemburg beruft, den Begriff Imperialismus in den Parteiprogramm-Entwurf aufnimmt, dann muss sich der Inhalt des neuen Imperialismus messen lassen an dem Inhalt des alten Imperialismus.

Worin unterscheiden sich neuer und alter Imperialismus?

- Im Entwurf wirken die hegemonialen Nationalstaaten nebeneinander bzw. zusammen gegen den Rest der Welt. Damit ist deren interne schärfste Konkurrenz als wichtiges Merkmal des alten Imperialismus unterschlagen. Es wird zugleich verwischt, dass die Hauptkriegsgefahr gerade innerhalb der hegemonialen Kräfte selbst angesiedelt ist.

- Im Entwurf werden imperialistische Kriege von anderen geschieden. Der alte Imperialismus sieht alle Kriege seit seiner Zeit direkt oder indirekt als Mittel der Hauptkräfte zur laufenden Neuverteilung des Weltmarkts.

- Im Entwurf scheinen Machteliten in der Lage zu sein, einen neuen Imperialismus zu installieren. (ein bisschen verschwörungstheoretisch klingt das schon oder?) Das dortige Verständnis von "neuem" Imperialismus ist, dass er subjektivistisch als Willensakt gefasst ist. Der "alte" Imperialismus war gefasst als objek-

tives Resultat der Bewegungsgesetze des Kapitals als Weltmarkt im Stadium des Monopolkapitalismus. Der Wert setzt sich durch in der Form der Konkurrenz der nationalen Gesamtkapitale der Nationalstaaten. Die nationalen Gesamtkapitale diktieren "ihrem" jeweiligen Staat (als die politische Form des ökonomischen Inhalts - Akkumulation) den strategischen Mix des Einsatzes aller politischen Mittel - einschließlich Krieg - bei Strafe des nationalen Bedeutungsverlustes am Weltmarkt.

- Der Entwurf betont die lange Friedfertigkeit der Kooperation der EU-Staaten als politische Leistung. Der alte Imperialismus betont die Zuspitzung der Konkurrenz der Hauptkräfte unter der Oberfläche ihrer zeitweise notwendigen Zusammenarbeit. Der Lissaboner Vertrag bringt die EU sowohl in Stellung gegen die anderen Hauptkräfte des Weltmarkts als auch zugleich gegen den Zerfall der EU selbst zu alt-neuen Machtblöcken.

Der Unterschied zwischen "neuem" und "altem" Imperialismus ist ein Gegensatz:

I. Der "neue" Imperialismus erscheint als Zuspitzung einer langen Kette verfehlter Entscheidungen der ökonomischen und politischen Machteliten. Dabei habe sich im Zuge der Globalisierung die

Politik ins Schlepptau der Wirtschaft nehmen lassen, insbesondere der Finanzwirtschaft. Diese habe die Krise hervorgerufen. (Entwurf Seite 7, PDF)

II. Nach dem "alten" Imperialismus erklärt sich die Krise und Prosperitätsperiode ungehemmter Kreditexpansion von 1981 bis 2007 kurz gefasst so: Tatsächlich räumte die Entfaltung der allgemeinen Produktivkräfte vorhandene Barrieren des Kredits beiseite, um der Akkumulation des produktiven Kapitals Raum zu verschaffen über drei industrielle Krisenzyklen hinweg. Die objektiven Bewegungsgesetze des "alten" Imperialismus waren scheinbar ausgehebelt. Nun erweist sich das Kapital selbst wieder einmal als seine eigene Schranke: Der Zeitpunkt musste kommen und kam, an dem alle potentiellen privaten und öffentlichen Kreditnehmer bis über die Halskrause überschuldet waren. Die Steigerung des Warenabsatzes drehte um zur Stockung. Die Expansion des Kredits schlug um in dessen Kontraktion. Die objektiven Bewegungsgesetze des "alten" Imperialismus zeigen wiederum ihre brutale Durchsetzungskraft. Sämtliche Formen des Kapitalwertes geraten in die Krise. Der Kapitalismus gerät in eine Große Depression mit unabsehbaren gesellschaftlichen Folgen.

Der vorstehende Gegensatz des "neuen" zum "alten" Imperialismus belegt das grundlegende Dilemma des Programm-Entwurfs der LINKEN:

1. Die Krisenanalyse des Programm-Entwurfs suggeriert, dass der Kapitalismus durch den Verlust des Primats der Politik die heutige desaströse Entwicklung in Richtung eines neuen Imperialismus einschlug. Konsequenter Weise muss demnach das Primat der Politik zurückgewonnen werden. Dann sei der Kapitalismus politisch zähmbar und friedfertig und die jetzige Weltwirtschaftskrise überwindbar. Geeignet hierzu sei das vorliegende detaillierte große Reformprojekt der Partei DIE LINKE. Dabei unterschlägt der Programm-Entwurf allerdings den Zusammenhang von Revolution/Kontrevolution und Reform. Geschichtlich lässt sich belegen, dass nennenswerte soziale Reform das Ergebnis angedrohter proletarischer Revolution ist. So waren die Bismarck'schen Sozialgesetze ab 1883 der (vergebliche) Versuch, die sich radikalierenden Arbeiter durch Reform von oben von der (verbotenen) Sozialdemokratie zu lösen. So waren die Reformen der Weimarer Republik ein Resultat



der unter der politischen Verantwortung der Sozialdemokratie niedergeschlagenen Revolution 1918/19. So waren die Reformen in der BRD zwischen 1955 und 1974 nicht zuletzt Produkt der real existierenden proletarischen Gestalt DDR. Eine ehrliche Debatte des Parteiprogramms hätte also zum Resultat, dass das entworfene Programm weder in Boom- noch in Krisenzeiten politisch wirksam werden kann.

2. Eine Krisenanalyse auf Höhe der Zeit verdammt ihrerseits DIE LINKE zu einer Positionierung, welche jedwede Regierungsbeteiligung unmöglich werden ließe. Denn: der Entwurf kann sich - durch den Zeitpunkt seiner Formulierung und Herausgabe bedingt - noch hinter einem ominösen EU-Imperialismus verstecken. Spätestens in der "Griechenland-Krise" isolierte sich die EU-Hauptkraft Deutschland nun durch ihren manischen Zuchtmeister-Habitus. In Frankreich wird gezöt: "Heiliges germanisches Euro-Reich". Der diplomatisch verdeckte entfaltete Interessengegensatz der Hauptkonkurrenten Frankreich und Deutschland treibt in neuer historischer Form zu schroffen politisch-ökonomischen Widersprüchen fort. DIE LINKE wäre demnach verpflichtet, die EU-Vorherrschaft Deutschlands als erneuten imperialistischen Griff nach der Weltmacht politisch anzugreifen.

"Ich habe das Wort Europa immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten"- Otto von Bismarck

Was ein wirksames Programm der Partei DIE LINKE in der Tradition Karl Liebknechts angesichts einer lang andauernden Großen Depression einarbeiten müsste:

- Die Bundesrepublik Deutschland dominiert die EU ökonomisch mit steigender Tendenz, so dass der Großteil der kleineren Staaten West-, Nord-, Mittel-Ost- und Südeuropas faktisch ökonomische Satelliten der BRD sind.

- Der Ausbau der ökonomischen, politischen, sozialen Rahmenbedingungen, wie sie im Maastricht- und dann im Lisbon-Vertrag festgelegt wurden, tragen auf Grundlage der ökonomischen Vormachtstellung die deutsche Handschrift, wengleich die Konkurrenten in mancherlei temporären Bündnissen dies zu ihren Gunsten zu verwässern wussten.

- Nach der Rückgewinnung der nationalen Souveränität betrieb Deutschland gegen den Willen sämtlicher EU-Staaten die Zerstörung der BR Jugoslawien. In typischer Teile-und-Herrsche Manier nutzte es die inneren Spannungen der Republiken zum alleinigen Vorstoß der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens als unabhängigen Staaten. Zur Loslösung des Kosovo betätigte sich Deutschland erstmals wieder als verdeckter intriganter Kriegstreiber. Es erreichte sein Ziel: der gesamte Balkan ist inzwischen deutscher Vorhof.

- Mit Bildung der Achse Paris - Berlin - Moskau gegen den Irakkrieg 2003 bot Deutschland der Weltmarkt-Vormacht USA erstmals die Stirn. Dabei zeigten sich zugleich die Widersprüche innerhalb der EU durch die Kriegsbeteiligung der Achse Rom - London - Madrid und der mittel- nordeuropäischen Staaten.

- Die Deutsche Ideologie bedarf der schärfsten Kritik. Sie versteht es, die deutsche Täterrolle regelmäßig zur Opferrolle umzudrehen. So schaffte sie es, ihre trei-

bende Rolle im völkerrechtlich unrechtmäßigen Krieg zur Abtrennung des Kosovo von der BR Jugoslawien als Beschützerin der Menschenrechte zu verdrehen - und dies in der Aggression in Afghanistan und möglichst im Sudan fortzusetzen. Deutschland modifiziert seine Teile-und-Herrsche Strategie als Menschenrechtspropaganda in Europa durch eine geschickte Minderheiten-Politik. Die sich entwickelnden fiskalischen Widersprüche der "reicheren" Regionen Norditalien, Korsika, Katalonien, Baskenland, Flandern, Schottland innerhalb ihrer Nationalstaaten werden stimuliert und zur Schwächung der EU-Konkurrenten ausgenutzt. Aktuell spitzt die BRD-Propaganda die Opferrolle als Zahlmeister Europas in der Phase drohender Staatsbankrotts zu, um davon abzulenken, dass das gesellschaftliche Gesamtkapital Deutschlands der Hauptprofiteur der EU-Wirtschaftsunion und insbesondere der Währungsunion ist. Deutschland ideologisiert als selbst berufener Zuchtmeister alle seine politisch-ökonomischen Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu einem höheren "Kulturwesen" - selbstverständlich zum Besten für Europa und der ganzen Welt.

- Die ökonomische Prosperität nach 1981 verdeckte die ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Gesamtkapitale in Europa und die damit einher gehende Verschärfung der internen Konkurrenz der Hauptkräfte BR Deutschland, Frankreich, England. Nun verschafft sie sich lauthals Gehör.

- Das Projekt der EU-Wirtschafts-, Währungs- und Politischen-Union ist der dritte Versuch des imperialistischen Deutschlands zur Erlangung einer Rolle als Weltmacht. Die europäischen Konkurrenten und Satelliten sind zu diesem EU-Deal gezwungen, weil jeder einzelne von ihnen ansonsten ebenfalls zur Bedeutungslosigkeit auf dem Weltmarkt verurteilt wäre. Daher funktioniert das Erstarben des deutschen Imperialismus als scheinbar friedliche Durchdringung so lange ohne großes Säbelrasseln, solange die EU floriert. Die objektive Aggressivität Deutschlands liegt an der mittelmäßigen Größenordnung seines nationalen Gesamtkapitals- nicht an der Boshaftigkeit seiner bourgeoisen und politischen Akteure. Zerbricht das Projekt EU oder nur schon des EURO in der Krise an der inneren Konkurrenz der Hauptkräfte Deutschland und Frankreich, dann besteht Kriegsgefahr - sagen jedenfalls Kohl und Merkel.

Gemeinsames Wochenende der Linksjugend [solid]

Vom 2. bis zum 4. Juli verbrachte die Linksjugend [solid] Schleswig-Holstein ein Wochenende in einem schönen Haus in der Nähe von Nortorf. Wir wollten uns kennen lernen, Spaß haben und uns politisch bilden.

Insgesamt waren wir etwa 30 Jugendliche, die am gemeinsamen Wochenende teilnahmen. Der LandessprecherInnenrat, der im Januar neu gewählt wurde, hatte ein großartiges Haus organisiert..., in dem alle Platz fanden und wir auch dank des sommerlichen Wetters nahezu perfekte Voraussetzungen für ein viel versprechendes Wochenende.

Eingekauft wurden ausschließlich vegane Lebensmittel. Am Freitag wurde gemeinsam Buchstabensuppe, Samstag ein leckeres und auch feuriges Chili-Gericht gekocht. Der gemütliche Teil am Freitag und am Samstagabend ermöglichte nicht nur (bei manchen) den Kater am nächsten Morgen, sondern auch Gespräche und Diskussionen. So konnten wir uns endlich näher kennen lernen und austauschen.

Wir, das sind Jugendliche aus den - im letzten Jahr oder in diesem Jahr gegründeten - [solid] Basisgruppen, unter anderem aus Nordfriesland, Pinneberg und Stormarn, sowie aus der Kieler Basisgruppe, die Anfang des Jahres praktisch wieder belebt wurde. Somit sind es doch überwiegend neue Gesichter, die sich seit Kurzem in der Linksjugend [solid] organisieren und politisch engagieren. Umso wichtiger war dieses Wochenende für uns, wenn es im Kontext des Aufbaus eines arbeitsfähigen Landesverbandes in Schleswig-Holstein betrachtet wird. Der Landesverband der Linksjugend [solid] Schleswig-Holstein als solcher existierte Anfang des Jahres so gut wie nicht (mehr).

Somit ist zumindest ein Anfang gemacht, eine weitere Vernetzung der Basisgruppen soll auf einer Landesmitgliederversammlung im September besprochen werden, um langfristig zu eigenen Positionen und Aktionen zu kommen.



Ministerpräsident Carstensen saß beim 25-jährigen Jubiläums-Festival am 15. August in der Kieler „Sparkassenarena“ natürlich in der ersten Reihe. Aber auch hier schlug ihm heftiger Protest entgegen. „Save Salza“ trugen die Sänger, Musiker und Dirigenten auf ihren blauen Teeshirts und in ihren Interviews griffen sie den Ministerpräsidenten auch direkt an: An Salza dürfe nicht gespart werden, überhaupt nicht an Kultur, Gesundheit und sozialem Ausgleich. Tosender Beifall der über 8.000 anwesenden ZuhörerInnen!

...Somit spielte auch der „Workshop“ am Samstag eine wichtige Rolle und soll ein Anfang im Selbstbildungsprozess der vielen neuen Mitglieder sein. „Lernen, lernen und nochmals lernen“ (Lenin) gehört zu einer grundlegenden Aufgabe der Linksjugend [solid], um sich langfristig gesellschaftlich einmischen und mitreden zu können. So wurde ein umfangreicher, aber gut nachvollziehbarer „Workshop“ gestaltet, welcher aus einem Powerpoint-Vortrag, aus zwei Gruppenphasen und Diskussionen bestand.

Zunächst gab es ein Brainstorming über die Stichwörter „Kapitalismus“ und „Sozialismus/ Kommunismus“. Durch das Referat sollte dann der Frage nachgegangen werden, was denn Kapitalismus wirklich ist und wie er funktioniert. Dabei stellte sich heraus, dass der Kapitalismus positive Seiten (Enorme Produktivitätssteigerung und somit technische Entwicklung) und negative Seiten (Überproduktion, Krise, Arbeitslosigkeit) hat. In einer letzten Gruppenarbeit wurde diskutiert, wie diese negative Seite beseitigt werden könnte, um somit zu bestimmen, was Sozialismus/ Kommunismus ist bzw. sein könnte. Einig waren wir uns dabei nicht, aber Verschiedenheit belebt die Diskussion.

Im Referat wurde zunächst stark ins Allgemeine gegangen. Von den Fragen, was denn überhaupt Arbeit, menschliche Entwicklung und Produktivität ist, ging es über die Bestimmung der Ware, des Werts, des Mehrwerts. Schließlich landeten wir bei den Fragen, wie Produktivitätssteigerung und Mehrwerterhöhung im Kapitalismus erreicht werden können. Anschließend gab es viele Fragen: Wann wird Geld zu Kapital? Sind wir alle Kapitalisten? Ist der Handwerker auch ein Kapitalist?

Alle Fragen wurden sicherlich nicht geklärt, aber überwiegend fühlten sich die TeilnehmerInnen des Wochenendes sehr gut informiert und waren interessiert bei der Sache. Das lag, wie manche bei der Feedback-Runde feststellten, auch an dem sehr verständlichen Referat. Dem Referenten gelang es einen schwierigen Gegenstand in möglichst einfacher Art und Weise darzustellen.

Bei der Abschlussrunde am Sonntag wurden wir uns dann alle einig: Für uns war das Wochenende ziemlich genial. Das Haus, das Wetter, die Atmosphäre, der gemeinsame Austausch - alles nahezu perfekt. Im Prinzip ist es schon beschlossene Sache, dass dies nicht das letzte gemeinsame Wochenende war.
- Simon Hanl (gering gekürzt)

INFO DIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 24. August 2010
Online-Zeitung und Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE. SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Sophienblatt 19, Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: Zeitung@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Daniel Dockerill, Ralf Iden, Karl-Helmut Lechner

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: edda.lechner@wtnet.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.